

DIE LINKE.Fraktion im Lüdenscheider Rat,
Albrechtstr. 2, 58507 Lüdenscheid

Vorsitzende
Tanja Tschöke

per Mail

DIE LINKE
Fraktion im Lüdenscheider Rat

Josef Filippek
Fraktionsvorsitzender
Albrechtstr. 2
58507 Lüdenscheid
Telefon 0176 54185318
josef.filippe@rat.luedenscheid.de

Otto Ersching
Ratsherr
Telefon 01525 1017418
otto.ersching@rat.luedenscheid.
de
[www.dielinke-maerkischer-kreis.
de](http://www.dielinke-maerkischer-kreis.de)

Lüdenscheid, 25.02.2025

Antrag: Berichterstattung des ASD über Kindeswohlgefährdungen

Sehr geehrter Frau Vorsitzende Tschöke,

wir beantragen zur kommenden Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 11.03.2025 die Aufnahme folgenden Tagesordnungspunktes: Berichterstattung des ASD über Kindeswohlgefährdungen

Begründung:

Wenn ein Kind in Not ist, hilft das Jugendamt; wenn das Jugendamt in Not ist, hört keiner hin.

Diesen Vorwurf wollen sich die LINKEN nicht aussetzen müssen.

Am 11. 02 2025 wurde in der lokalen Presse über den großen Druck, dem der Fachdienst ASD ausgesetzt ist, berichtet.

Auch im Sozialbericht 2024 (Datenreport für Deutschland) wurde festgestellt, dass die akuten oder latenten Kindeswohlgefährdungen innerhalb von 2012 bis 2022 um 63 % gestiegen sind. In einem Beitrag des WDR im Januar 25 wird von der Überlastung des Allgemeinen Sozialen Dienstes der Jugendämter in Deutschland berichtet und das trotz Überlastungsanzeigen keine Abhilfe erfolgen ist.

In der JHA-Sitzung vom 02.05.2023 berichteten bereits Mitarbeiter des Fachdienstes über Probleme bei der Unterbringung von Kindern, die aus den Familien In Obhut genommen werden mussten. Auch wurde die große Fachkräftelücke in den Berufsgruppen Sozialarbeit und Sozialpädagogik erwähnt. Weiter wurde, basierend auf Zahlen des Berichtsjahres 2021, empfohlen, für das Sachgebiet ASD bis auf weiteres ein Kontingent von 17,5 Vollzeitstellen vorzuhalten.

2013 beschloss der Jugendhilfeausschuss ein Kontingent von 14 Vollzeitstellen für den ASD vorzuhalten. Die am 02.05.2023 beschlossene Aufstockung um 3,5 Vollzeitstellen entspricht einer Erhöhung von 25 Prozent, während die Kindeswohlgefährdungen um 63 Prozent zugenommen haben. Diese Diskrepanz muss Auswirkungen auf die Hilfsmöglichkeiten des ASD ´s haben!

Für den Ausschuss ist es deshalb wichtig zu erfahren,

- ◀ ob die Hilfemaßnahmen des Jugendamtes incl. 2022 weiter zugenommen haben,
- ◀ wie viele Einzelfälle der Mitarbeiter durchschnittlich zu bearbeiten hat,
- ◀ ob die empfohlenen Stellen besetzt sind,
- ◀ ob das Kontingent von 17,5 Vollzeitstellen noch ausreichend ist und
- ◀ ob, und wenn ja, wie viele Überlastungsanzeigen es seit incl. 2022 gegeben hat?

Freundliche Grüße

Manfred Baltrun
sachkundiger Bürger

Josef Filippek
Fraktionsvorsitzender